



Nun ist es schon wieder so weit ...

Weihnachten steht vor der Tür und das Jahr 2020 neigt sich dem Ende zu.

Was war das für ein Jahr? Mit Fug und Recht kann behauptet werden: Das Jahr 2020 hatte es in sich, hat vieles in unser aller Leben auf den Kopf gestellt und es gab einfach keine Blaupause oder Checkliste dafür.

Die Corona-Pandemie war das vorherrschende Thema und der beeinflussende Faktor in diesem Jahr. Das galt natürlich auch für die DPoIG M-V.

Das gesamte öffentliche Leben kam sogar zweimal in diesem Jahr zum Erliegen.

Nicht nur die Polizei, sondern der gesamte öffentliche Dienst und alle Dienstleister müssen sich teilweise noch immer in ihren Dienstleistungen so umstellen, dass zu jeder Zeit die Versorgung und die Sicherheit der Menschen in unserem Land und in der gesamten Bundesrepublik gewährleistet ist. Genau das haben ALLE Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geschafft! Ob Polizei und Feuerwehr, die kommunale Verwaltung, die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, der Handel, Schulen und Kindergärten ... alle haben mit hoher Flexibilität und Einsatzbereitschaft reagiert und gezeigt, was alles möglich ist!

Leider sind, trotz aller Anstrengungen, teilweise erhebliche wirtschaftliche Einschnitte nicht mehr abwendbar. Ich habe beispielsweise bisher keinen Ausfall des Rostocker Weihnachtsmarktes erlebt, um nur ein Event von sehr vielen zu nennen, das der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen ist.

Welches Verhalten diese Situation teilweise bei betroffenen Menschen auslöst, haben unsere Kolleginnen und Kollegen in der ganzen Bundesrepublik erfahren müssen.

Auch wenn dies keine Entschuldigung für Fehlverhalten sein kann, zeigt sich, wie die Maßnahmen die Stimmung und das Verhalten einiger Menschen beeinflusst haben.

Ich möchte an dieser Stelle an den Demonstrationstag am 7. November in Leipzig erinnern. In diesem polizeilichen Einsatz waren auch Beamtinnen und Beamte aus Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. Sie haben ebenso erleben müssen, wie sich Teile der Bevölkerung immer aggressiver gegen die Polizei richten.

Die DPoIG schätzt es als unverantwortlich ein, dass in der aktuellen Lage 26 Demonstrationen und Kundgebungen mit insgesamt 16 000 Teilnehmern in Leipzig von den Ordnungsbehörden genehmigt werden und die Polizei neben dem störungsfreien Verlauf dieser Versammlungen auch noch die Einhaltung der „Corona-Regeln“ gewährleisten soll.

Weil das natürlich nicht reicht, kommen wieder mal selbster-

nannte „Polizei-Expert*innen“ aus den immer gleichen Parteienhäusern zum Vorschein und kritisieren noch während des polizeilichen Einsatzes medial die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei als „militante Gewalttäter*innen“. Es sind die Parteienvertreter*innen, die auch 2020 nicht müde wurden, der Polizei strukturellen Rassismus und Gewaltneigung zu unterstellen und somit alle Bedienstete der Polizei diffamieren. Auch diese Vorwürfe müssen erst einmal verarbeitet werden.

Die durch die DPoIG Hamburg initiierte Aktion „Polizei – wertschätzen“ war daher zeitlich und inhaltlich goldrichtig. Das bestätigten uns auch die bundesweiten Reaktionen.

Natürlich war unsere Gewerkschaftsarbeit genauso durch die Pandemie beeinflusst. In der Oktoberausgabe wurde bereits umfangreich über die Konsequenzen und unseren gewerkschaftlichen Umgang mit den erschwerten Bedingungen berichtet.

Trotzdem oder gerade deswegen haben wir so gut es für uns als „Freizeitgewerkschaftler*innen“ möglich war, uns für unsere Mitglieder eingesetzt und an unseren Aufgaben gearbeitet. Etwas Glück war auch dabei, als wir im Oktober, kurz vor dem zweiten Lockdown in der Hotel- und Gaststättenbranche, unsere zweite Landeshauptvorstandssitzung in diesem Jahr durchführen konnten.

Diese Beratung war von hoher Wichtigkeit, wird doch aktuell das Landesdisziplinargesetz für Mecklenburg-Vorpommern überarbeitet. Die DPoIG M-V wird sich natürlich in Zusammenarbeit mit unserem Dach-



Ronald Müller

verband, dem dbb m-v, an dem Mitwirkungsverfahren beteiligen. Das gemeinsame Votum des DPoIG-Gremiums zu der geplanten Einführung der „Entfernung aus dem Dienst per Verwaltungsakt“, war als Mandat in der Sache von wesentlicher Bedeutung.

Wir als Polizeigewerkschaft haben immer wieder deutlich gemacht: Wir stehen klar zu den beamtenrechtlichen Pflichten. Wir setzen uns aber gegen eine parteipolitisch motivierte Demontage der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, einschließlich der besonderen Fürsorgepflicht durch den Dienstherrn, ein.

Eine Entlassung als Disziplinarmaßnahme muss möglich sein, aber nicht ohne ein rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichtes! Das ist der Standpunkt der DPoIG M-V, auch zum Schutze der von so einem Verfahren betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Nicht ohne Grund wurde an die härteste aller Disziplinarmaßnahmen eine hohe juristische Schwelle bei der Einführung des Landesdisziplinargesetzes M-V gebunden. Wir werden uns auch 2021 mit diesem Thema weiter beschäftigen.

Ich möchte den diesjährigen Jahresrückblick aber nicht beenden, ohne mich zu bedanken:

Impressum:

Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege



Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen in unserer DPoIG M-V für eure Unterstützung!

Dank euch konnten wir auch im Jahr 2020 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen.

Mein Dank gilt allen aktiven Gewerkschaftler*innen, die sich immer wieder in unseren Kreisverbänden und in den

Funktionsbereichen des Landeshauptvorstandes für unsere Gewerkschaftsmitglieder einsetzen und dabei helfen, die Arbeitsbedingungen trotz steigender Belastung zu verbessern. Konstruktive Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit, gemeinsam Lösungen bei Problemen suchen und finden, ist das, was unsere Gewerkschaft auszeichnet und das Engagement

so lohnenswert macht! Vielen Dank dafür! Ich hoffe, dass durch euren Einsatz weitere Gewerkschaftler*innen angespornt werden, im kommenden Jahr auch aktiver mitzuwirken.

Nun wünsche ich euch jedoch erst mal eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit im Kreis eurer Familien. All denen, die über die Feiertage arbeiten

müssen, wünsche ich einen ruhigen Dienst und eine gesunde Heimkehr aus den Einsätzen.

Kommt alle GUT und GESUND in das neue Jahr 2021!

Frohes Fest!

*Euer Ronald Müller,
Landesvorsitzender der DPoIG
Mecklenburg-Vorpommern*

Landeshauptvorstandssitzung der DPoIG M-V

Gerade noch rechtzeitig vor dem zweiten Lockdown in der Gastronomie und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens konnte die DPoIG M-V ihre zweite Landeshauptvorstandssitzung in diesem Jahr durchführen.

Diese Sitzung war auch mehr als notwendig, da durch die coronabedingten Einschränkungen doch viele wichtige Präsenztermine in diesem Jahr ausgefallen sind und die Möglichkeiten einer persönlichen Besprechungsrunde rar gesät waren. Wenn auch die technischen Möglichkeiten helfen, die räumliche Distanz zu überwinden, können sie doch nicht die Vorteile einer mehrstündigen Sitzung im größeren Kreis ersetzen.

Viele Themen hatten sich angesammelt, die nun im Rahmen einer zweitägigen Landeshauptvorstandssitzung besprochen und ausgewertet werden wollten. Organisatorisch standen einige Punkte auf der Agenda. So wurden neue Malhefte, Kalender und Werbestückchen der Verteilung zugeführt und auch die länger geplante „Weihnachtsgeschenk-Aktion“ in Verantwortung der einzelnen Kreisverbände kann nun in die Umsetzung gehen. Ebenso die Mitgliederbetreuung und -ge-

winnung, insbesondere an der Fachhochschule, mussten an die besonderen Bedingungen angepasst werden und bedürfen weiterer Umstellungen, um den Anschluss zur „Basis“ auch in Pandemiezeiten nicht zu verlieren.

Zudem ist dieses Gremium von Bedeutung, um Beschlüsse zu aktuellen The-

men zu fassen, die unabdingbar für die weitere Arbeit und die nächsten gewerkschaftlichen Schritte sind. In diesem Zusammenhang waren die Hauptthemen der Sitzung natürlich das Antidiskriminierungsgesetz in Berlin und die damit verbundenen Konsequenzen für dortige Unterstützungseinsätze, die Diskussion um Rassismuskorrekturen innerhalb der Polizei und die Forderungen nach einer Rassismusstudie und der, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern betreffenden, Vorstoß des Innenministers Lorenz Caffier bezüglich der Änderung des Landesdis-

ziplinargesetzes. Als DPoIG M-V sprechen wir uns ausdrücklich gegen das verkündete Änderungsvorhaben im Sinne einer vorgezogenen Entfernungsmaßnahme aus dem Dienst per Verwaltungsakt als disziplinarrechtliche Maßnahme, aus. Die Position der DPoIG M-V und Handlungsempfehlungen an Kolleginnen und Kollegen im Falle eines Falles sind in einem gesonderten Artikel zusammengefasst. Letztlich bleibt jedoch abzuwarten, wie die konkrete Änderung des Gesetzes aussehen wird und in welcher Form dieses dann auch umgesetzt wird. ■



Landeshauptvorstandssitzung im Oktober

© DPoIG M-V

Die DPolG M-V stellt sich gegen eine Änderung des Landesdisziplingesetzes

Auf der Landeshauptvorstandssitzung im Oktober hat sich die DPolG Mecklenburg-Vorpommern mit der kürzlich veröffentlichten Disziplinarstatistik für die Landespolizei und den damit verbundenen Aussagen des Innenministers Lorenz Caffier auseinandergesetzt. Die DPolG Mecklenburg-Vorpommern stellt sich deutlich gegen den vom Innenminister formulierten Vorstoß für eine beschleunigte Entfernung von Polizeibeamt*innen aus dem Dienstverhältnis per Verwaltungsakt ohne Richterspruch.

Die DPolG M-V ist eine demokratische und parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft, die sich gänzlich dem Grundgesetz verpflichtet hat und dies auch von allen Beschäftigten der Landespolizei erwartet. Es steht außer Frage, dass Extremismus in der Polizei keinen Platz haben darf und entsprechende Tendenzen konsequent verfolgt werden müssen.

Die Auswertung der veröffentlichten Disziplinarstatistik zeigt, dass sich etwa die Hälfte der disziplinarrechtlich verfolgten Dienstvergehen als nicht erwiesen herausgestellt hat und somit das geltende Disziplinarrecht als völlig ausreichend erachtet werden kann. Zumal das einzig mögliche Rechtsmittel der Betroffenen der nachträgliche Rechtsweg über das Verwaltungsgericht ist, das jedoch keine aufschiebende Wirkung mit sich bringt. Die Aufnahme der Entlassung per Verwaltungsakt in das Disziplingesetz kann jedoch nicht das richtige Mittel sein und wird von der DPolG M-V entschieden abgelehnt.

„In diesem Ansatz steckt die Gefahr des inflationären Einsatzes des Disziplinarverfahrens, das von Beginn an mit erheblichen Nachteilen für die Beamtin oder den Beamten verbunden ist, ohne dass die Vorwürfe im Vorfeld eingehend geprüft werden. Eine Vereinfachung dieses Verfahrens mit der Möglichkeit einer unmittelbaren Dienstentfernung durch den Dienstherrn entspricht nicht unserer Vorstellung von einem modernen Rechtsstaat, in dem die zunächst angenommene Unschuldsvermutung für jede/n Bürger*in als oberster gesetzlicher Grundsatz gilt. Hier wird vom Innenminister eine Beweislastumkehr beworben, die weder vom Landesdisziplinarrecht noch vom Landesbeamtenrecht gedeckt ist und mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Bediensteten im deutlichen Widerspruch steht. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen in Zeiten steigender Angriffe und Diffamierungen einen Dienstherrn, der zu ihnen steht“, so der Landesvorsitzende Ronald Müller.

Die DPolG M-V wird den Verlauf der geplanten Gesetzesänderung beobachten und sich

im Rahmen der gewerkschaftlichen Möglichkeiten gegen eine Umsetzung starkmachen.

Wir raten allen betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die dem Anfangsverdacht eines Disziplinarverfahrens ausgesetzt sind:

- Zieht bei dienstlichen Gesprächen mit Vorgesetzten immer eine Person eures Vertrauens, des Personalrates oder einen Rechtsbeistand hinzu!
- Nutzt im Falle eines Falles den Rechtsschutz der DPolG M-V und kontaktiert euren Rechtsschutzbeauftragten Karsten Meyer!
- Geht den Rechtsweg über das Verwaltungsgericht bis zum Abschluss des Disziplinarverfahrens und unterschreibt keine, durch den Dienstherrn initiierte, einstweilige Einstellung des Verfahrens!

Podiumsdiskussion „Polizei – dein Feind und Helfer“

Unter diesem Motto stand die erste Podiumsdiskussion des Polizeipräsidioms Rostock am 19. Oktober an der Fachhochschule Güstrow. Damit betritt das Polizeipräsidium Neuland und hat zu dieser Veranstaltung hochkarätige Gesprächspartner eingeladen. Unter anderem nahmen Innenminister Lorenz Caffier, der Inspekteur der Polizei, Wilfried Kapischke, Prof. Dr. phil. Raphael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg, Chefredakteur Michael Seidel, der Landtagsabgeordnete Peter Ritter und die Koordinierungsbeauftragte für Gleichstellung, Kerstin Bartz,

im Podium Platz. Die Moderation übernahm Maria-Luisa Waßmann von der Fachhoch-

schule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege M-V.



➤ Podiumsdiskussion

Polizeipräsident Peter Mainka stellte in seinem Grußwort das Anliegen dieser Veranstaltung dar. Die derzeitigen Debatten um die Organisation der Polizei erfordern eine aktive Auseinandersetzung und Selbstreflexion. Die Polizei handelt immer im Fokus der Öffentlichkeit und Fälle von Rechtsverstößen eigener Mitarbeiter werden deshalb sehr kritisch von den Medien diskutiert und dargestellt. Nicht zuletzt führt das zur Ansehenschädigung der gesamten Organisation und zum Vertrauensverlust in die Polizei. Deshalb kommt es auf jeden einzelnen Beamten an,



> Innenminister Lorenz Caffier und der Inspekteur der Polizei, Wilfried Kapischke

um dem Anspruch, den der Bürger zurecht an die Polizei hat, gerecht zu werden. Nach den Eingangsstatements der Podiumsteilnehmer, trat man in die Diskussion ein. Hier wurde dann auch das Spannungsfeld zwischen Medien und Polizei deutlich. Nicht immer fühlen sich die Journalisten gut durch die Polizei informiert und recherchieren dann auf eigene Faust. Die Polizei hält dagegen: Es müssen Fakten vorliegen, um Informationen an die Öffentlichkeit geben zu können. Gerüchte und Vermutungen

sind keine Basis einer Pressemitteilung. Unterschiedliche Standpunkte wurden auch zwischen dem Innenminister und Prof. Behr offenbar. Während Lorenz Caffier eine Gewaltstudie bei der Polizei ablehnt, da man eine Berufsgruppe nicht stigmatisieren dürfe, ist Prof. Behr anderer Meinung. Der Werteverfall in der Gesellschaft geht nicht spurlos an der Polizei vorbei. Verbale Attacken gegen Kolleginnen und Kollegen rufen auch immer Gegenreaktionen hervor. Hierauf müssen insbesondere die jun-

gen Kolleginnen und Kollegen vorbereitet werden. Nach Auffassung von Prof. Behr ist der Übergang von der Ausbildung in die Praxis zu abrupt. Am Nachmittag gab es Gesprächsrunden im kleinen Kreis mit

sehr unterschiedlichen Auffassungen, aber genau dieses konstruktive Denken war ja Sinn dieser Veranstaltung, die man durchweg als gelungen bezeichnen darf.

Olaf Knöpken

Geburtstage im Dezember 2020

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat Dezember geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Monat Dezember:

Nadja Hoppe

Jana Berg

Christopher Zierold

Sophie Hagemann

Ralf Topp

Andre Waldmann

Arthur Richter

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Landespolizei hält die verschiedensten Aufgaben und Herausforderungen für ihre Mitarbeiter*innen bereit. Die unterschiedlichen Erfahrungen aus dem Berufsalltag und als Mitglied der DPoIG M-V möchten wir hier gerne in Form eines Interviews mit einem Gewerkschaftsmitglied teilen.

Diesen Monat wird das Interview mit Annika Roggow von der JUNGEN POLIZEI geführt

Wie bist du auf die Idee gekommen, Polizistin zu werden, und ist es so, wie du dir den Beruf vorgestellt hast?

Polizistin zu werden, war schon immer mein Kindheitstraum. Natürlich kann man die Vorstellung des Berufes nicht mit der tatsächlichen Arbeit als Polizistin vergleichen. Durch den CSI-Effekt wird die Vorstellung des Berufes Polizist verzerrt. Ich habe für mich jedoch festgestellt, dass mir der Beruf in der Realität viel besser gefällt!

Was gefällt dir besonders an dem Beruf und wie stellst du dir deine berufliche Zukunft vor?

Am meisten gefällt mir, dass der Beruf so facettenreich ist. Es gibt so viele verschiedene Bereiche und Themenfelder, in

denen man arbeiten kann. Außerdem steht man jeden Tag vor neuen Herausforderungen, weil jeder Sachverhalt sich doch ein bisschen vom vorherigen unterscheidet.

Für meine berufliche Zukunft wünsche ich mir, dass ich weiterhin mit so tollen Kolleg*innen zusammenarbeiten darf und jeden Tag eine neue Herausforderung auf mich wartet.

Was ist dein Freizeitausgleich zum Polizeialltag?

Mein Freizeitausgleich ist Tanzen, Musik machen und mich

mit Freunden treffen, was sich aktuell allerdings als etwas schwierig gestaltet.

Warum ist es, deiner Meinung nach, so wichtig, aktive Gewerkschaftsarbeit zu machen?

Ich finde die aktive Gewerkschaftsarbeit besonders wichtig, um auch junge Kolleg*innen wichtige und aktuelle Themen mit an die Hand zu geben und den Gedankenaustausch zu fördern, um unser Arbeitsumfeld zu verbessern.

Vielen Dank für das Interview!